

Presseinformation 2016

OMNIBUS für die Volksabstimmung in Deutschland unterwegs

Während sich die Volksabstimmung in den Bundesländern und auf kommunaler Ebene immer weiter entwickelt und spannende Themen wie z.B. die Abschaffung der Studiengebühren, Olympia 2022 in München und Hamburg, sowie landesweite Volksinitiativen für ein Informationsfreiheitsgesetz, Schule in Freiheit, Energie und Wasser in Bürgerhand in Hamburg und Berlin, sowie aktuell der Erfolg des Volksbegehrens gegen Massentierhaltung in Brandenburg hervorbringt und bearbeitet, blockieren die Regierungsparteien weiter die Volksabstimmung auf Bundesebene.

Über 1.000 000 BundesbürgerInnen fordern eine Volksabstimmung über die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA). Im Mai 2016 trugen sich innerhalb von 2 Wochen über 100.00 BürgerInnen für eine Volksabstimmung über das bedingungslose Grundeinkommen in Deutschland ein.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen... ausgeübt.“ Artikel 20, Absatz 2 Grundgesetz. So steht es seit 1949 im Grundgesetz. Die Wahlen wurden sofort von der Politik geregelt, die bundesweite Volksabstimmung bis heute nicht, obwohl sich seit 1990 in Umfragen immer wieder (zuletzt 2013 zur Bundestagswahl 87%) eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für die Einführung von bundesweiten Volksabstimmungen ausspricht.

„Wir wollen uns nicht länger von der Politik in der Verwirklichung eines bundesweiten Abstimmungsgesetzes hinhalten lassen. Unsere Würde ist verletzt, denn unsere gewählten Vertreter maßen sich an, zu entscheiden, wann wir endlich die Mündigkeit erlangt haben, in einzelnen Sachfragen direkt zu entscheiden“, so Michael von der Lohe, Geschäftsführer des OMNIBUS.

Der OMNIBUS hat einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf an Bord, der das im Grundgesetz verankerte Abstimmungsrecht gesetzlich regeln könnte und macht fortlaufend eine „Volksabstimmung über die Volksabstimmung“, bei der JEDE/R seine Stimme konstruktiv für die Volksabstimmung einsetzen kann. In Zukunft soll alles, was das Parlament entscheiden kann, auch über Volksabstimmungen abgestimmt werden können. Die Mehrheit entscheidet. Den Gesetzesvorschlag in Kurzfassung finden Sie im Anhang.

„Die Politik ist in der Pflicht, das im Grundgesetz verankerte Abstimmungsrecht endlich gesetzlich zu regeln. Wählen allein genügt nicht: In einer Demokratie ist das Volk der Souverän. Ohne Volksabstimmungen verkommen die Wahlen zu einem Blankoscheck an eine kleine Gruppe von Berufspolitikern, die dann im „Namen des Volkes“ die Zukunft der Gesellschaft allein gestalten. Die Interessen der Allgemeinheit, muss die Allgemeinheit auch selbst schützen und bestimmen können. Aus Angst vor Fehlentscheidungen Demokratie zu verwehren, zeugt von einem „elitären Herrscherdenken“. Immer deutlicher wird: Eliten und Experten vertreten in der Regel nur ihre eigenen Interessen“, so Brigitte Krenkers, Initiatorin des OMNIBUS.

Hintergrundinformationen zum OMNIBUS

Der OMNIBUS ist eine Aktion aus der Kunst und wurde 1987 auf der documenta 8 in Kassel eröffnet. Seitdem ist er unterwegs. Der Hauptimpuls für diese Aktion kommt vom Künstler Joseph Beuys. Gemeinsam mit dem bundesweiten Verein Mehr Demokratie e.V. initiiert der OMNIBUS immer wieder Volksbegehren auf Landesebene zur Verbesserung und Einführung der Direkten Demokratie. Das hat mit dazu geführt, dass es inzwischen in allen Bundesländern gesetzliche Regelungen für landesweite Volksabstimmungen und Abstimmungen auf der kommunalen Ebene gibt.

Mehr Information

OMNIBUS-Aktionen:

http://www.omnibus.org/fileadmin/o/pdf/Material/2016_OMNIBUS_6seiter.pdf

Pressefotos:

<http://www.omnibus.org/presse.html>

FAQ:

<http://www.omnibus.org/faq.html>

OMNIBUS-Tour:

http://www.omnibus.org/omnibus_unterwegs.html

Pressekontakt:

Brigitte Krenkers

OMNIBUS für Direkte Demokratie - gemeinnützige GmbH

Beethovenstr. 17

58452 Witten

Tel.: 02302 9567076

FAX: 02302 9567075

mobil: 0151 29162092

www.omnibus.org